



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau

Vollversammlung am 30. September 2026

TOP 3 - Bericht des Präsidenten

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Menschen in Sachsen-Anhalt haben am 6. September einen neuen Landtag gewählt. Das Ergebnis verändert die politischen Kräfteverhältnisse in unserem Land erheblich.

Für uns als Industrie- und Handelskammer ist als Ausgangspunkt klar: Der Wählerwille ist zu respektieren.

Die Bürgerinnen und Bürger haben entschieden, wer sie im Landtag vertreten soll. Jetzt liegt es bei den gewählten Abgeordneten und Parteien, aus diesem Ergebnis stabile und handlungsfähige politische Verhältnisse zu schaffen. Sie tragen Verantwortung für unser Land!

Unsere Rolle als IHK ist dabei ebenso klar: Wir vertreten die Interessen der gewerblichen Wirtschaft. Unser Maßstab sind die konkreten politischen Entscheidungen und ihre Auswirkungen auf Unternehmen, Beschäftigung, Investitionen und die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Wir werden die weitere Regierungsbildung deshalb parteipolitisch neutral begleiten. Entscheidend sind für uns **Handlungsfähigkeit, Stabilität und verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen**.

Zu unserer Aufgabe gehört auch der fachliche Austausch mit den relevanten politischen Akteuren. Wer politische Verantwortung trägt oder politische Entscheidungen maßgeblich beeinflusst, muss die Positionen und die Erfahrungen der Wirtschaft kennen.

Ein Punkt liegt mir besonders am Herzen: Sachsen-Anhalt muss ein weltoffenes Land bleiben! Für unsere Wirtschaft ist Weltoffenheit ein ganz konkreter Standort- und Wettbewerbsfaktor.

Viele unserer Unternehmen sind aktiv auf internationalen Märkten. Sie haben Kunden und Geschäftspartner im Ausland. Sie beschäftigen Menschen aus vielen Ländern. Und angesichts unserer demografischen Entwicklung wird die Fähigkeit, internationale Fach- und Arbeitskräfte für Sachsen-Anhalt zu gewinnen, weiter an Bedeutung zunehmen.

Dasselbe gilt für Investitionen. Wer über einen neuen Standort entscheidet, schaut natürlich auf Standortkosten und Infrastruktur. Er schaut aber zugleich auf das gesellschaftliche Umfeld und auf das Bild, das eine Region nach außen vermittelt.

Sachsen-Anhalt braucht deshalb ein Klima, in dem sich Menschen willkommen und sicher fühlen.

Gerade wir als Wirtschaft sollten diesen Punkt sehr klar vertreten: Weltoffenheit ist Standortpolitik.

Offenheit zu erhalten, wird auch in anderer Hinsicht wichtig sein: Sachsen-Anhalt ist wirtschaftlich eng mit dem Bund, mit den anderen Ländern und mit Europa verflochten. Große Investitionen, Infrastrukturprojekte, Forschung und der weitere Strukturwandel leben genau von dieser Zusammenarbeit.

Das wird sehr konkret, wenn ich auf einige der großen Projekte in unserer Region schaue: beispielsweise auf das Zukunftszentrum in Halle. Dessen Bau und spätere institutionelle Förderung wird wesentlich vom Bund getragen.

Oder schauen wir auf das CTC mit seinem Standort in Merseburg, das über viele Jahre auf das Zusammenspiel von Bund, Sachsen-Anhalt und Sachsen angewiesen sein wird.

Oder die großen Strukturwandelprojekte wie die Entwicklung von Leuna III und die Industrieflächen an A9 und B91, bei denen Bund, Land und Kommunen gemeinsam die Voraussetzungen für neue Investitionen schaffen.

Gerade solche Projekte zeigen, was bei einer politischen Entkopplung auf dem Spiel steht. Deshalb brauchen wir verlässliche Partner auf allen Ebenen.

Diese Zusammenarbeit muss erhalten bleiben. Dafür trägt eine künftige Landesregierung Verantwortung. Sie muss gesprächs- und arbeitsfähig gegenüber dem Bund, den anderen Ländern und den europäischen Partnern bleiben.

Dieselbe Verantwortung tragen aber auch der Bund und die übrigen Bundesländer. Auch sie müssen die sachliche Zusammenarbeit mit Sachsen-Anhalt unabhängig von den politischen Mehrheitsverhältnissen gewährleisten.

Förderprogramme, Strukturwandelmittel und öffentliche Finanzierungszusagen müssen weiterhin nach klaren fachlichen Maßstäben behandelt werden. Große Industrie- und Forschungsprojekte brauchen Planungssicherheit über viele Jahre.

Deshalb ist unsere Botschaft eindeutig: Sachsen-Anhalt muss fest in den föderalen und europäischen Strukturen verankert bleiben. Unser Land darf sich nicht isolieren – und es darf auch von anderen nicht isoliert werden. Bund und Länder tragen gemeinsam Verantwortung dafür, Gesprächs- und Arbeitsfähigkeit zu sichern.

Sehr gern möchte ich nun mit Ihnen darüber sprechen, was die Landtagswahl für Ihre Unternehmen, für unsere Region und für unsere gemeinsame Arbeit bedeutet.

Was hören Sie in Ihren Betrieben? Welche Themen und Entwicklungen beschäftigen Unternehmen derzeit?

Diskussion

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Haben Sie vielen Dank für den offenen und vertrauensvollen Austausch.

Mein Fazit: Die neue Landesregierung muss Verantwortung für Sachsen-Anhalt übernehmen und für Stabilität, Weltoffenheit und Handlungsfähigkeit sorgen.

Und vom Bund erwarten wir die dringend erforderlichen Reformen, die Wachstum und Investitionen erleichtern.

Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!